

Protokoll der 13. Sitzung

**Dienstag, 1. April 2025, 19.00 - 21.10 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Marc Jaisli, Präsident

Protokollführerin

Andrea von Känel Briner, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzählerinnen

- Chrisoula Giata
- Claudia Lupoli

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 20.

Entschuldigt ist Dariyusch Pour Mohsen.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahmen von Barbara Gehri anstelle des zurückgetretenen Philippe Gloor und Mike Rued anstelle des zurückgetretenen Raphael Donati
2. Räumliche Übergangslösung für Primarschule und Kindergarten Schulanlage Gyismatte. Kreditbegehren.
3. Strukturplan Aarauerstrasse und Unteres Torfeld. Kreditbegehren.
4. Motion Thomas Meier, SP, zur Festsetzung der Mehrwertabgabe auf dreissig Prozent. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren Erarbeitung Mehrwertabgabereglement.
5. Postulat Samuel Hasler, SVP: "Unterstützung der Gemeinde durch Sozialhilfebezüger". Bericht und Antrag.
6. Eingänge
7. Verschiedenes

Inpflichtnahmen von Barbara Gehri anstelle des zurückgetretenen Philippe Gloor und Mike Ruef anstelle des zurückgetretenen Raphael Donati

Barbara Gehri und Mike Ruef werden vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Räumliche Übergangslösung für Primarschule und Kindergarten Schulanlage Gysimatte. Kreditbegehren.

(Botschaft des Gemeinderats vom 25. Februar 2025)

Frau Sandra Meier-Jaisli (erläutert Vortrag mit Präsentation): Wir haben folgende Ausgangslage: Im Dezember 2022 hat der Schulvorstand der KSAB beim Gemeinderat Buchs eine Bestellung für den temporären Schulraum für das Einzugsgebiet Gysimatte für das Schuljahr 2024/2025 eingegeben. Aufgrund der Dringlichkeit sind die Arbeiten für die öffentliche Submission gleichzeitig mit dem Verpflichtungskreditverfahren an den Einwohnerrat und an die Stimmberechtigten vorgenommen worden. Das Verpflichtungskreditbegehren von 6.95 Mio. Franken basiert auf einem Richtangebot durch einen Systembauanbieter. Der Einwohnerrat hat den Verpflichtungskredit vor allem aufgrund der Dringlichkeit im Juni 2024 gutgeheissen. Das Volk lehnte aber den Verpflichtungskredit an der Urne im September 2024 knapp ab. Trotz negativem Entscheid hat man das Submissionsverfahren weiterverfolgt. Beim Projekt Silencio hat sich der Preis auf 4.65 Mio. Franken verringert. Im Januar 2025 ist die Gemeinde über die Möglichkeit zum Kauf einer Occasionslösung informiert worden. Solche Informationen hat die Gemeinde immer mal wieder erhalten und hat diese jeweils überprüft. Bis anhin hat aber kein Angebot gepasst, bis eben auf das vorliegende Angebot. Auch der Bericht über die Schulprognose der KSAB hält weiterhin daran fest, dass der neue, zusätzliche Schulraum benötigt wird. Maximal dürfen 25 Kinder in einer Klasse sein.

Zur Variante 1, Occasion-Schulraumprovisorium: Wie gesagt, hat bisher kein Angebot gepasst. Im Januar 2025 ist ein Angebot eingegangen, welches im Grossen und Ganzen die räumliche Anforderung für eine temporäre Baute erfüllt. Es ist günstig und erfüllt auch die bautechnischen erforderlichen Anforderungen. Mit einer Standzeit von 16 Monaten am vorherigen Ort ist das Provisorium quasi neu. Bezüglich Kosten und Terminierung sollte auf dieses Angebot eigentlich ja nicht verzichtet werden. Die Einsatzdauer ist auf ungefähr fünf Jahre geplant. Die Kosten sind rund 1.95 Mio. Franken und die Folgekosten sind rund Fr. 157'600.--. Dabei ist noch anzumerken, dass der Kindergarten Brummelmatte auch mit ins Provisorium ziehen wird und damit rund Fr. 16'000.-- Mietkosten plus Nebenkosten von rund Fr. 5'000.-- auch entfallen. Die Termine sehen wie folgt aus: Der Kreditbeschluss wird Mitte Mai 2025 in Rechtskraft treten und der Kaufvertrag in der Folge ist ebenfalls für den Mai 2025 geplant. Bis wir dann zur Bauvollendung und Inbetriebnahme im Januar 2026 angelangt sind. Dabei kommt es natürlich auch darauf an, wie wir heute Abend abstimmen.

Zur Variante 2, ursprüngliche Variante, Modell Silencio, Systembau als Übergangslösung: Diese Variante haben wir im letzten Jahr bereits ausführlich besprochen. Deshalb verzichte ich auf genauere Informationen, weil wir diese Variante alle bereits studiert haben. Da würden Kosten auf uns zukommen von rund 4.65 Mio. Franken und Folgekosten von Fr. 324'000.--. Terminlich wird die Realisierung natürlich etwas später eintreffen, hier wäre die Bauvollendung und Inbetriebnahme auf den Juli/August 2026 geplant. Das würde also ein bisschen länger dauern.

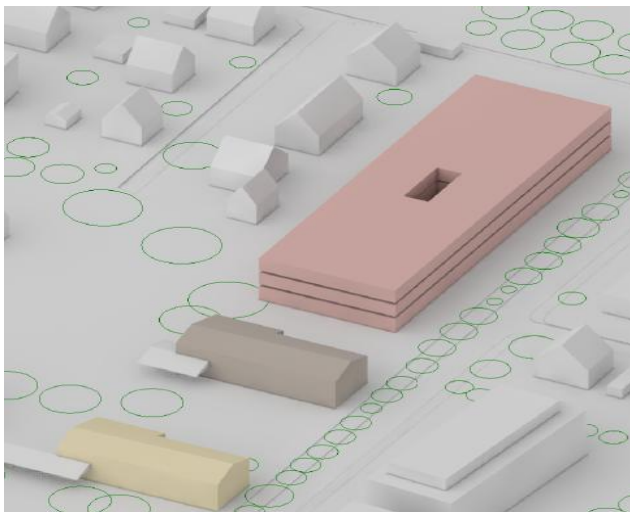
Folgerung: Selbst, wenn die Lehrerschaft der KSAB die Variante Systembau bevorzugt, ist es aus ökonomischer und ökologischer Sicht am sinnvollsten, der Occasionslösung zuzustimmen. Rund 2.7 Mio. Franken können eingespart werden und die Kreditkompetenz liegt alleine beim Einwohnerrat.

Gerne übergebe ich das Wort für ein paar weitere Erläuterungen dem Gemeindepräsidenten Urs Affolter.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Wir haben abgesprochen, dass ich zum vorliegenden Geschäft noch ein paar weitere Details erläutere, nachdem Sandra euch dieses vorgestellt hat. Dem Gemeinderat geht es darum, in die nähere Zukunft zu schauen und die beabsichtigte bzw. bereits eingeleitete Entwick-

lung aufzuzeigen. Mit dem Provisorium liegt eine günstige Lösung vor, die nicht in allen Teilen die Anforderungen der Schule abdeckt, zum Beispiel die räumliche Höhe: Seitens der Schule sind drei Meter gewünscht, die Occasionslösung verfügt über 2.5 Meter. Solche Details machen dann eben in Bezug auf den Preis enorm viel aus, weil es sich dann nicht mehr um ein Standardprodukt handelt, das so gekauft werden kann. Darum ist auch die ursprüngliche Lösung deutlich teurer. Die Gestaltung der ursprünglichen Baute ist zudem relativ hochwertig, sodass man das Schulhaus auch länger stehen lassen könnte. Bei der günstigeren Lösung ist ersichtlich, dass es sich um ein Provisorium handelt, wobei es durchaus ansprechend gestaltet wird. Damit bleibt auch der Druck, dass das Provisorium nicht zu einem "Providurium" wird und einer neuen Lösung Platz machen muss.

Gerne zeige ich euch eine schematische Übersicht zu den beabsichtigten Neubauten auf dem Gysimattareal. Die gelbe Baute auf der Grafik ist eines der beiden bestehenden Schulhäuser, die braune Baute das andere. Zwischen diesen beiden bestehenden Bauten befindet sich das dreigeschossige Provisorium, welches hier aber nicht dargestellt ist. Die rosarote Baute dahinter stellt eine mögliche Lösung für das definitive Schulhaus dar. Die Machbarkeitsstudie dafür läuft seit einiger Zeit und ist fast abgeschlossen. Diese soll zeigen, was auf diesem Gelände möglich ist und zweckmässig realisiert werden kann. Das vorliegend beantragte Provisorium kommt links neben die bestehenden Gebäude (gelb und braun) zu stehen in der Verlängerung der Turnhalle, sodass es, wie die Untersuchungen zeigten, einer definitiven Lösung nicht im Weg steht. Im Moment laufen Abklärungen mit einer Systembaulösung, die wir aus wirtschaftlichen Gründen noch näher prüfen möchten. Danach wird der Gemeinderat zum Geschäft Stellung nehmen. Ziel ist es, bis Ende Jahr so weit zu sein, dass das konkrete Vorgehen geklärt ist und dem Einwohnerrat Anfang 2026 Kreditantrag zum Beschluss unterbreitet werden kann. Angedacht ist, dass alle Schulräumlichkeiten im rosaroten Schulhaus, also im Neubau, unterkommen können. Bis dieser steht, kann der Schulunterricht in den bestehenden Schulbauten und im neuem Provisorium stattfinden. Nachher können alle in den Neubau ziehen und die beiden Bauten einer neuen Nutzung zugeführt werden. In der näher zum Gemeindehaus gelegenen Baute könnten zwei Kindergärten und in der anderen die Tagesstrukturen untergebracht werden. Von den verschiedenen ausgearbeiteten Varianten wäre dies die kostengünstigste. Ein konkreter Beschluss liegt noch nicht vor, weil das Geschäft noch nicht abgeschlossen ist. Wir haben die schematische Übersicht aber bereits der Lehrerschaft vorgestellt, um aufzuzeigen, dass neben dem Provisorium, das heute vorliegt, auch bereits Schritte für eine definitive Lösung eingeleitet sind. Die grössten Befürchtungen der Lehrerschaft bezüglich des vorliegenden Antrages ist, dass das geplante Provisorium zum "Providurium" würde. Diese Befürchtung ist natürlich verständlich, wenn man die Containerlösung zwischen den beiden bestehenden Gebäuden betrachtet, die schon viel zu lange dort steht. Es ist deshalb wichtig, glaubhaft darzustellen, dass die weitere Planung konkret an die Hand genommen wurde. Anton Kleiber hat allenfalls noch Ergänzungen zum pädagogischen Hintergrund.



Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ergänzend möchte ich erwähnen, dass die Angst auch da war, was mit dem Pausenplatz passieren wird, weil man ja mit dem Trockenplatz den Pausenplatz wegnehmen würde. Im vorliegenden Kreditantrag ist ein recht grosser Betrag enthalten, um den Pausenplatz flächenmässig wiederherzustellen. Das, was also dem Trockenplatz verloren geht, wird wiederhergestellt, Richtung Einfamilienhäuser, aber auch auf der grünen Wiese, das ist bereits im vorliegenden Kreditantrag enthalten. Es ist uns ein Anliegen, dass diese Pausenplatzsituation geklärt wird. Es wird dort nachher ja mehr Schulkinder geben und auch Kindergärten. Kindergärten haben andere Bedürfnisse als Primarschulen und uns ist wichtig, dass wir da eine adäquate Lösung anbieten können. Darum ist das in den rund 2 Mio. Franken schon enthalten, dass die Umgebungsarbeiten angeschaut werden. So kann ein Landschaftsgärtner das dann entsprechend angehen, auch mit den Spielgeräten, die dort geplant sind, das noch zu diesen Bedenken.

Diskussion

Frau Heike Suter: Die Fraktion SP und Grüne haben den Vorschlag des Gemeinderats sorgfältig geprüft und die Situation genau abgewogen. Wir unterstützen das günstigere Provisorium aus Vernunft und Sparsamkeit. Gleichzeitig bringen wir dem Gemeinderat Vertrauen entgegen. Das Provisorium ist ein erster Schritt, wie es vorher erläutert worden ist. Danach folgt die Umsetzung einer längerfristigen Strategie für den Schulstandort Gysimatte. In den letzten Wochen haben verschiedene Kreise mündlich Informationen erhalten über Pläne, so wie wir auch gerade mit einer Grafik. Da fehlt es uns ein bisschen an Verbindlichkeit und transparenter Kommunikation. Darum reichen wir heute ergänzend zu unserem Ja für dieses Geschäft das Postulat betr. Schulraumstrategie für den Schulstandort Gysimatte ein. Unser Ziel ist es, eine transparente Kommunikation, die Vertrauen schafft, zu erhalten. Denn wir sind es den Lehrpersonen und der Schülerschaft schuldig, die seit Jahren - und auch weiter in den kommenden Jahren - in einem Containerprovisorium arbeiten und lernen müssen. Und wir sind es ausserdem den Steuerzahlenden schuldig, verantwortungsvoll zu haushalten und das Geld für eine nachhaltige Schulraumplanung einzusetzen statt für teure Übergangslösungen.

Frau Andrea Suter: Meine Kolleginnen und Kollegen der EVP unterstützen auch das steuerfreundliche Provisorium aus dem Kanton Zürich. Und auch ich sehe als Steuerzahlerin eine grosse Attraktivität bei den Kosten. Mein Interesse ist aber auch an meinem Beruf als Lehrperson gebunden und ich möchte auf ein paar kritische Punkte hinweisen. Ich bin Heilpädagogin im alten Schulhaus und gehöre dadurch auch zur Lehrerschaft der Gysimatte. Die Lehrpersonen der Gysimatte empfinden die Raumsituation schon länger als Herausforderung. Das Verhältnis von Kindern zu Räumen ist einfach sehr knapp. Besonders die Schulzimmer im Container 1.5 sind besonders eng bemessen für eine 25er-Klasse. Und genau eine solche Klasse ist dort im Moment untergebracht. Die Schulzimmer im neuen Container haben eine ähnliche Grösse, was bedeutet, dass kaum Platz für einen Kreis oder Nischen für spezielle Lernangebote übrigbleiben würde. Das erschwert die Umsetzung des Lehrplans 21. Wenn die Schülerdichte im Schulzimmer gross ist, hat das eine immense Auswirkung auf die Lautstärke und auch auf die Luftqualität. Es zeigen auch die bisherigen Erfahrungen, dass die Provisorien in der Regel ein bisschen länger stehen, als dass sie angedacht sind. Und darum glaube ich nicht, dass kaum eine Lehrperson freiwillig in einen Container ziehen würde und die Gefahr besteht auch, dass erfahrene Lehrpersonen abwandern. Aktuell hat es zu wenig ausgebildete Lehrpersonen auf dem Markt und unsere Schulleitung erhält auch immer mal wieder Bewerbungen von Personen, die kein Lehrdiplom haben. Wenn sich eine neue Lehrperson bewirbt und die Auswahl hat zwischen einem Schulraum im Container oder in einem normalen Schulzimmer an einem anderen Schulort, dann denke ich, dass die Gysimatte mit schlechten Karten dasteht. Und genau dieser Punkt macht mir im Moment besonders Sorgen für unsere Kinder. Ich wünsche mir, dass unsere Kinder fertig und adäquat ausgebildete Lehrpersonen haben, die auch gerne an unserer Schu-

le unterrichten. Was ebenfalls nicht optimal ist, sind die engen Garderoben, die schon vor Unterricht zu Tumult führen können. Und diese sind ja auch brandtechnisch nur toleriert. Ein weiterer Nachteil ist auch, dass die integrativen Wandtafeln, die zum Standard an der KSAB werden, keinen Platz hätten. Trotz der Schulraumplanung gibt es keine Garantie, dass im Container wirklich nur vorübergehend unterrichtet wird, und darum wünsche ich mir im Namen der Kinder und natürlich auch von den Lehrpersonen, dass sie in grosszügigeren Räumen zur Schule gehen können. Wenn wir uns heute Abend trotzdem für die Schnäppchenversion entscheiden, wünsche ich mir, dass die Mängelpunkte entschärft werden und mit der Schule zusammen nach Lösungen gesucht wird, danke.

Herr Samuel Hasler: Wir danken dem Gemeinderat für die sehr gute Vorlage, denn es ist eine sehr ausgewogene Vorlage, die einerseits den schulischen Bedürfnissen, die wir in der Gemeinde haben, Rechnung trägt und andererseits die finanzielle Situation unserer Gemeinde berücksichtigt. Wir unterstützen daher klar die günstigere Variante. Natürlich muss auch das spätere Ziel sein, eine langfristige Lösung zu realisieren. Daher unterstützen wir die Vorlage und danken dem Gemeinderat auch für sein Engagement und dass er diese Chance nutzt und aus der Theorie jetzt die Praxis folgen lässt.

Herr Elias Fricker: Wir von Die Mitte unterstützen den Antrag des Gemeinderats. Wir denken, dass wir die Gelegenheit mit dem Occasionsprovisorium sicher nutzen müssen. So können wir die Räumlichkeiten kostengünstig zur Verfügung stellen. Obwohl dieses Provisorium im Sinn der KSAB nicht alle Anforderungen erfüllt, was ich auch absolut verstehe, gerade auch aufgrund des vorherigen Votums, müssen wir aber angesichts der Umstände pragmatisch handeln. Ganz so unmöglich ist es sicher nicht, da zu unterrichten, es ist ja auch schon darin unterrichtet worden. Es ist uns aber auch wichtig zu betonen, dass es als Provisorium verstanden wird. Ergänzend möchten wir von Die Mitte auch sagen, dass wir bei einer allfälligen Wahl der Variante 2 ganz stark davon ausgehen, dass diese an der obligatorischen Volksabstimmung versenkt würde.

Frau Eveline Meier: Der Gemeinderat stellt zwei Projekte vor, die ursprüngliche Variante, Silencio genannt, diese ist etwas günstiger geworden. Durch das Submissionsverfahren konnten dort Kosten eingespart werden und die Gesamtkosten belaufen sich noch auf 4.65 Mio. Franken. Die Occasions-Schulraum-Lösung ist knapp 2 Mio. Franken teuer. Ich möchte aber nicht nur den Preis vergleichen, sondern ich finde es auch wichtig, dass man die anderen Faktoren auch berücksichtigt. Die Variante Silencio hat zum Beispiel auch den Vorteil, dass es nach Norden erweitert werden kann, je nachdem, wie sich die Schülerzahlen entwickeln. Der Kindergarten und die Primarschule können räumlich getrennt werden, ein Lift könnte dort eingebaut werden. Ausserdem entspricht dieser Bau den Anforderungen der KSAB und den heutigen Begebenheiten des Unterrichts und des Lehrplans 21. Das Projekt Silencio ermöglicht ausserdem eine nachhaltige Heizung des Gebäudes durch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe unter einem gefalteten Dach. Die Abdeckung des Eigenstrombedarfs könnte durch die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Faltdach erfolgen. Das darf man auch nicht einfach alles vergessen. Die Occasions-Variante für 2 Mio. Franken erfüllt dagegen nicht alle Bedingungen, das muss man auch festhalten. Und auch nicht die Bedingungen, die man für den heutigen Unterricht braucht, die Schulzimmer zum Beispiel sind 10m² kleiner, die Garderobensituation ist nicht ideal und gewisse digitale Präsentationsmedien können gar nicht installiert werden. Wir können nicht von einer nachhaltigen Lösung sprechen, wenn es im Sommer zu heiss wird und man es klimatisieren muss. In einem solchen Umfeld zu unterrichten ist sicher eine Herausforderung und die fünf Jahre Einsatzdauer sind nicht zu unterschätzen, es ist zeitlich fast die ganze Primarschulzeit eines Jahrgangs. Der einzige Vorteil beim 2 Mio. Franken-Projekt ist der Preis, wir sparen vermutlich 3 Mio. Franken. Ausserdem müssen wir aufgrund des letzten Abstimmungsergebnisses davon ausgehen, dass die Bevölkerung die Occasions-Variante bevorzugt. Wichtig ist ausserdem, dass wir Schulraum haben und der Unterricht nicht im Freien stattfinden muss. Die glp möchte festhalten, dass die 2 Mio. Franken-Variante weder nachhaltig, noch unterrichtsfreundlich ist. Es ist eine Lösung, die von allen betroffenen Lehrpersonen und Schülerinnen und Schülern ein hohes Mass an Toleranz und Flexibi-

lität fordert. Die glp stimmt diesem Kreditantrag sehr ungern zu und wir möchten dem Gemeinderat den Auftrag geben, all seine Ressourcen und Energien daran zu setzen, den Neubau, den die Gysimatte benötigt, mit Nachdruck umzusetzen. Ausserdem werden wir das Postulat der SP und Grünen überweisen.

Herr Tobias Studiger: Es wurde eigentlich alles schon gesagt, aber ich nehme gerne auch noch Stellung für die FDP. Wir möchten klar hervorheben, dass es wichtig ist, dass wir nach vorne schauen zum neuen Schulhaus aber es ist klar, die nachhaltigere Lösung für die Zwischenlösung wäre besser. Aber hier ist sicher eine Zwischenlösung angebracht, die kostengünstig ist und die wir uns leisten können. Darum werden wir den Vorschlag mit der günstigeren Occasionsvariante unterstützen. Wichtig ist, dass wir jetzt alle Kräfte in die Bearbeitung des Neubaus stecken, und nicht, dass die Verwaltung Arbeit in die Beantwortung dieses Postulats oder sonstige Übungen stecken muss. Sodass wir mit dem Neubau vorwärts kommen.

Herr Andrin Battaglia: Ich habe noch eine kurze Frage: Gibt es einen Vorvertrag und ist das Angebot dann noch verfügbar im Mai nach der Rechtskraft? Nicht, dass uns das Angebot noch vor der Nase weggeschnappt wird.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Wir haben keinen Vorvertrag, das war nicht möglich. Aber wir haben uns so gut wie möglich abgesichert, wir wären sonst nicht mit dieser Lösung angetreten.

Herr Marius Fedeli: Ich habe auch noch eine Frage, die schon in der FGPK gestellt wurde und mir wichtig erscheint, bezüglich des Behindertengleichstellungsgesetzes. Ich bin der Meinung, dass eine Liftanlage oder ein Treppenlift auch bei der günstigeren Lösung möglich sein muss, das ist sehr wichtig. Konntet ihr das abklären?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Die Abklärung ist noch nicht abgeschlossen. Wir sind aber optimistisch, dass das organisatorisch gelöst werden kann und im Notfall wäre die Installation eines Treppenlifts möglich. Aber wir gehen im Moment nicht davon aus.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, für das Provisorium als Übergangslösung für 4 Primarschul- und 2 Kindergartenabteilungen mit allen nötigen Räumen inkl. aller erforderlichen baulichen Massnahmen und Anpassungen im Aussenbereich sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'965'000.-- inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit \pm 15 %, Kostenstand Januar 2025) zu Lasten der Investitionsrechnung Konto 2170.5040.11 zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit **37 : 2 Stimmen zugestimmt**.

Strukturplan Aarauerstrasse und Unteres Torfeld. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 25. Februar 2025)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Andreas Burgherr (erläutert Vortrag mit Präsentation): Beim Antrag geht es um weitere Fr. 114'000.--, die wir sprechen sollen. Vorneweg, die FGPK hat diesem Geschäft einstimmig zugestimmt. Aber worum geht es überhaupt bei diesem Strukturplan? Im Vorfeld zur neuen Bau- und Nutzungsordnung hat man sich intensiv auseinandergesetzt mit unserer Gemeinde, wo Entwicklungsschwerpunkte sein könnten, wo Veränderungsdruck besteht und wo vielleicht Reserven sind, zum Beispiel in der Hunzikermatte. Man sieht auf der Grafik der grosse Veränderungsdruck von Aarau aus in Richtung Torfeld, da wird ein grosser Entwicklungsdruck sein in den nächsten Jahren. Und dann hat man sich gefragt und auch darüber diskutiert, welche Mittel eine Gemeinde hat, um dort in kleingliedrigen Einfamilienhausquartieren, die es dort noch grossflächig hat, Anreize zu schaffen, auch bei grösseren Strukturen mitzuarbeiten. Es gibt bereits das bekannte Instrument des Gestaltungsplans. Ich habe zwei Gebiete ausgesucht, die in den nächsten Jahren überbaut werden, das Gebiet hinter dem alten Schulhaus und die Huetmatt. Diese gehören einem oder wenigen Eigentümern, mit denen zusammen man im Rahmen des Gestaltungsplans schauen kann, welche Qualitäten das entstehende Quartier haben soll. Man kann zum Beispiel mit denen über die Quartierplätze sprechen, die der Investor dann realisieren muss. Aber wie macht man das bei hunderten Eigentümern, da ist das eine schwierige Angelegenheit. Dafür gibt es das relativ neue Instrument des Strukturplans, den eine Gemeinde über ein Gebiet legen und Rahmenbedingungen machen kann. Zum Beispiel, wenn sich drei Parzellen zusammenschliessen und miteinander etwas entwickeln wollen und das gewissen Anforderungen entspricht, kann man denen unter Umständen ein Goodie geben, zum Beispiel die Ausnützung etwas anders gestalten oder andere Beispiele. Dann legt man im Strukturplan fest, was denn da gilt. Das darum, um einen kleinen Anreiz zu schaffen, vielleicht überalterte Strukturen oder Strukturen mit geringen Ausnützungen aufzubrechen, sodass mehr möglich ist. Das ist ein relativ neues Instrument und man hat sich damals entschieden, dieses über das Quartier Aarauerstrasse und Unteres Torfeld zu legen, sodass sobald die neue BNO in Kraft ist, man sich mit dieser Sache auseinandersetzt. Wir haben gesetzlich drei Jahre Zeit nach Inkrafttreten der neuen Nutzungsordnung, damit man da eben auch Rechtssicherheit schafft, was die Eigentümer dieser Parzellen von ihrem Strukturplan zu erwarten haben. Das muss bis ins Jahr 2027 umgesetzt werden. Das wird auf Vorschlag des Gemeinderats auch wieder ein partizipativer Prozess sein. Grundeigentümer und Interessierte aus dem Gebiet werden zur Mitwirkung aufgeboten, deren Meinungen werden abgeholt und dieser Prozess braucht Zeit und Zeit ist bekanntlich Geld, deshalb kostet dieser Planungsprozess auch ein bisschen Geld. Entsprechend hat man uns einen Vorschlag unterbreitet, eine Kostenschätzung, die das bisherige Planungsbüro erstellt hat, mit denen man auch die Nutzungsplanung ausgearbeitet hat. Man muss mit Fr. 114'000.-- rechnen für den ganzen Prozess, der ungefähr zwei Jahre dauern wird. Es ist nicht so, dass dieses Büro automatisch den Auftrag erhält, sondern wenn wir dem zustimmen, wird das in die reguläre Submission gegeben. Wir von der FGPK sind der Meinung, dass das gut investiertes Geld ist, damit das Quartier in 20 Jahren einen anderen Charakter hat als heute und zwar auf einer Anreizbasis, nicht auf einer überstülpten Basis.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, für den Planungsprozess und die Arbeiten zur Umsetzung des Strukturplans Aarauerstrasse/Unteres Torfeld sei ein Verpflichtungskredit

von Fr. 114'000.-- inkl. MwSt. (Kostenstand Februar 2025, Kostengenauigkeit \pm 15 %) zu Lasten der Investitionsrechnung Konto 7900.5290.01 zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung

Dem Antrag wird **einstimmig mit 39 : 0 Stimmen zugestimmt.**

Motion Thomas Meier, SP, zur Festsetzung der Mehrwertabgabe auf dreissig Prozent. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren Erarbeitung Mehrwertabgabereglement.

(Botschaft des Gemeinderats vom 25. Februar 2025)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Christine Knüsel-Bachofer (erläutert Vortrag mit Präsentation): Die Ausgangslage respektive dass wir heute Abend über das Kostendach zur Ausarbeitung des Reglements beraten und abstimmen, ist klar und in der Beantwortung der Motion auch ausführlich begründet. Die Motion wurde am 4. Juni vor zwei Jahren von uns Einwohnerräten mit 22 : 11 Stimmen bei einer Enthaltung praktisch diskussionslos überwiesen. Ich komme direkt zur Umsetzung der Motion respektive Ausarbeitung des Reglements. Längere Zeit war nicht ganz klar - und es erforderte rechtliche Abklärungen - ob es eine Teilrevision der BNO benötigt, die dann einen Mitwirkungsprozess und ein öffentliches Auflageverfahren nach sich gezogen hätte. Oder ob die Ausarbeitung eines Reglements, wie es Thomas Meier in seiner Motion beschrieben hat, möglich sei, welches dann der Einwohnerrat absegnen könne. Es hat sich herausgestellt, dass ein Reglement erstellt werden kann. Stand heute sind zwei Parzellen betroffen: Die Parzelle bei der alten Post, die durch die Umzonung von der Zone öffentliche Bauten und Anlagen in die Zentrumszone nach einer Schätzung des kantonalen Steueramts von einem Mehrwert von rund Fr. 930'000.-- profitieren würde, was eine Mehrwertabgabe bei 20 % von rund Fr. 186'000.-- auslösen würde, bei 30 % ungefähr Fr. 279'000.--. Dann gibt es noch die Parzelle der Ortsbürgergemeinde am Fabrikweg beim alten Werkhof. Da würde die Umzonung von der Zone öffentliche Bauten und Anlagen in Wohn- und Arbeitszone Fabrikweg gemäss Schätzung des kantonalen Steueramts einen Mehrwert von rund 4.5 Mio. Franken generieren, was eine Mehrwertabgabe bei 20 % von rund Fr. 910'000.--, bei 30 % von ungefähr 1.37 Mio. Franken auslösen würde. Zum Verfahren: Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, und so wurde es auch in der FGPK entsprechend diskutiert, dass es ein einfaches, klares Reglement geben soll und dass die Kosten für die Ausarbeitung möglichst tief gehalten werden sollen. Es gibt ja auch Musterformulierungen des Kantons und auch die Stadt Aarau, die Stadt Baden und die Gemeinde Wohlen haben schon Reglemente über den Mehrwert von Planungsvorteilen erlassen. Das heisst, dass die Verwaltung zusammen mit Plan team S AG, Luzern, das Reglement ausarbeiten soll, eventuell braucht es noch eine externe juristische Begleitung. Danach wird es der Gemeinderat zur vorgängigen Prüfung dem Kanton vorlegen, bevor das Reglement dann wieder in den Einwohnerrat kommt. Wie bereits erwähnt sollen die Kosten möglichst tief gehalten werden, das Kostendach von Fr. 16'000.-- soll auf keinen Fall ausgeschöpft werden. Zum Terminplan: Heute Abend stimmen wir im Einwohnerrat über die Kreditvorlage ab, im Mai ginge dann die Auftragserteilung an das Planungsbüro, bis im Oktober 2025 würde ein Entwurf ausgearbeitet und im Dezember würde es uns wieder vorgelegt werden. Der Antrag 1 ist in der FGPK mit 5 : 4 Stimmen abgelehnt worden. Die Diskussion, die wir in der FGPK geführt haben, wird wohl jetzt in etwa ähnlich im Einwohnerrat geführt, nehme ich an. Dem Antrag 2 wurde in der FGPK einstimmig zugestimmt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit **5 : 4 Stimmen**:

1. Für die Erarbeitung eines Reglements zur Mehrwertabgabe sei der Verpflichtungskredit von Fr. 16'000.- zu Lasten der Erfolgsrechnung Konto 7900.3131.00 zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen **abzulehnen**.

Und **einstimmig** beantragt die FGPK dem Einwohnerrat:

2. Die Motion von Thomas Meier und Marius Fedeli betreffend "Festsetzung der Mehrwertabgabe auf dreissig Prozent" sei **abzuschreiben**.

Diskussion

Herr Thomas Meier: Ich habe aus meiner Sicht klargestellt, in welcher Situation die Mehrwertabgabe ausgelöst wird. Es sind die Parzellen der alten Post und vom Fabrikweg erwähnt worden. Aus meiner Sicht sind die beiden Parzellen rechtskräftig eingezont, damit möchte ich es bewenden lassen, für die ist eine Mehrwertabgabe von 20 % fällig. Dass wir dort mehr verlangen, ist aus meiner Sicht rechtstaatlich ausgeschlossen. Im Fall, dass das der Gemeinderat anders sieht, bitte ich ihn um ein Dementi. Ansonsten möchte ich nicht über die beiden Parzellen diskutieren heute Abend.

Herr Samuel Hasler: Wie bereits vor zwei Jahren möchte ich auch heute klar zur Ablehnung dieser Vorlage sprechen, dafür gibt es drei Gründe. Zum einen ist die Erhöhung der Mehrwertabgabe um 10 % auf 30 % eine massive Investitionsbremse. Jede Privatperson oder jedes Unternehmen, die investieren wollen, in diesem Fall die Ortsbürgergemeinde oder die Post, müssen mehr bezahlen, das ist eine Bremse. Wir sollten in unserer jetzigen finanziellen Situation froh sein, wenn jemand in Buchs investieren möchte. Bei diesen Investoren abzuschöpfen, im Moment bei der Ortsbürgergemeinde oder bei der Post, finde ich nicht Sinn der Sache. Des Weiteren haben wir eine Wohnungsnot und auch preislich sind die Wohnungen in Buchs, besonders die Neubauten, doch relativ teuer. Ich finde es schon relativ speziell, dass gerade seitens der SP eine Vorlage kommt, die Neubauwohnungen massiv verteuern würde. Wir haben schon heute die Situation, dass wir immer weniger Leerwohnungen haben, 2021 war die Leerwohnungsziffer bei 3 %, 2022 1.1 % und seit 2023 ist die Leerwohnungsziffer unter einem Prozent. Wir können froh sein, wenn jemand in Buchs Wohnraum baut, der noch bezahlbar ist, denn es gibt heute schon neuen Wohnraum, der viel kostet, und mit dieser Vorlage wird es noch teurer. Es gibt sicher Investoren, die investieren und dann mehr zahlen, am Schluss werden sie das aber auf die Mieterinnen und Mieter abwälzen, das ist klar. Der dritte Punkt betrifft die Ortsbürger: Vor weniger als einem halben Jahr haben wir eine lange Debatte geführt darüber, wie wir das Jugendfest 2025 realisieren können. Wie können wir die Fr. 140'000.-- im Budget, die gestrichen worden sind, wieder zusammenkratzen und ins Budget bringen? Wir haben es nicht geschafft, aber die Ortsbürger haben es geschafft. Die Ortsbürger haben uns die Fr. 140'000.-- wortwörtlich geschenkt, dass wir jetzt dieses Fest realisieren können. Und was ist unsere Antwort auf dieses schöne Geschenk? Eine Mehrwertabgabe von fast einer halben Million Franken. Für mich ist das kein Zeichen der Dankbarkeit, für mich ist das wirklich nur ein Abschöpfen. Aus diesem Grund sollten wir heute wirklich nein sagen zu dieser Vorlage.

Herr Daniel Willi: Im Namen meiner Fraktion Die Mitte setze ich mich ein für ein Ja zum Antrag des Gemeinderats für die Erarbeitung eines Reglementes zur Mehrwertabgabe. Wie in der Botschaft des Gemeinderats erwähnt und bereits gesagt wurde, kann das Geschäft mittels eines Reglements umgesetzt werden. Eine Teilrevision der BNO, welche der Regierungsrat ja erst 2024 genehmigt hat, ist damit nicht notwendig. Die Firma plan:team Luzern, welche ja auch die ganze neue BNO begleitet hat, scheint dazu der richtige Ansprechpartner zu sein. Ebenso wie bei einer Auszonung oder Enteignung der Grundeigentümer entschädigt wird, soll der Mehrwert auch bei einer Einzonung eingefordert werden. Eine Verteuerung des Wohnraumes durch die Erhöhung der Mehrwertabgabe wäre, wenn überhaupt, vernachlässigbar. Die Einnahmen durch diese Mehrwertabgabe müssen ja auch zweckgebunden verwendet werden. Sie fliessen in Projekte in unmittelbarer Nähe der Parzelle, welche den Menschen und der Allgemeinheit zu Gute kommen. Dies trägt zur Attraktivitätssteigerung der Gemeinde bei. Je nachdem wären die Einnahmen der Gemeinde durch die Mehrwertabgabe 10 % oder 20 %. Denn 10 % gehen automatisch an

den Kanton. Nun geht es ja um zwei Parzellen: Der ehemalige Standort der Post am Postweg und die Liegenschaften am Fabrikweg, welche der Ortsbürgergemeinde gehören. Da ist die Mehrwertabgabe im November 2021 mit 20 % geschätzt worden. Wie weit rückwirkend das neue Reglement wäre, ist mir nicht ganz klar. Vielleicht kann der Motionär und Jurist Thomas Meier dazu noch etwas klären. Im Baugesetz steht, dass die Mehrwertabgabe fällig wird beim Verkauf der Parzelle oder der Erteilung einer Baubewilligung. Ich weiss schon, dass die Parteien eher vom rechten Spektrum sich grundsätzlich gegen neue Steuern oder in diesem Fall gegen neue Abgaben richten. Wobei in Klammern: Ich bezahle gerne Steuern, gebe das Geld lieber der Allgemeinheit als den Banken. In der angespannten Finanzlage der Gemeinde würde das aber künftig zusätzliche Einnahmen generieren, was ja aber auch im Sinne der Rechten sein müsste. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen: Stimmt dem Antrag des Gemeinderats und dem Verpflichtungskredit von Fr. 16'000.-- zu! Im Übrigen gäbe es dazu auch Musterreglemente, welche der Kanton zur Verfügung stellt. Ich habe dieses Votum natürlich auf Hochdeutsch aufgeschrieben. Und ich gebe es morgen der Protokollführerin elektronisch weiter, damit sie es nicht wieder auf Hochdeutsch zurückübersetzen muss. Und wir dafür vielleicht, dies ein weiteres Anliegen unserer Fraktion, das Protokoll etwas zeitnaher bekommen.

Herr Marius Fedeli: Wenn ich vorher Samuel zugehört habe, hat man Thomas vorher nicht richtig verstanden. Die BNO ist genehmigt und Thomas und ich sind der Meinung, dass die zwei Gebiete, also die Parzelle der Post und die der Ortsbürgergemeinde, den 20 % unterstehen. Das heisst, wir können jetzt ein neues Reglement machen, in dem es um Ein- und Auszonen geht, mit den 20 %, wie wir es können oder mit 30 %, wie Thomas und ich es wollten. Wie wir ja wissen, wollten wir das bei der BNO-Diskussion nicht direkt mit in die BNO reinnehmen. Darum betrifft es die beiden erwähnten Parzellen nicht mehr. Jetzt hätten wir die Möglichkeit, das für künftige Ein- und Auszonen zu regeln. Wie erwähnt, geht es also nicht mehr um die beiden Parzellen. Es ging auch nie darum, den Ortsbürgerinnen und Ortsbürgern Geld aus der Tasche zu ziehen, nein, es ging darum, dass wenn man durch Ein- und Auszonen einen Mehrwert hat aus seiner Parzelle, man da etwas abschöpfen kann. Und wenn ich die finanzielle Lage unserer Gemeinde anschau, muss ich mich schon fragen: Wir nehmen 20 % und geben die Hälfte davon dem Kanton ab oder wir nehmen 30 % und nehmen zwei Drittel für unsere Gemeinde und geben einen Drittel dem Kanton weiter. Wenn wir nach Suhr rüberschauen, Suhr verfügt über eine sehr gute Quartierarbeit und ich weiss, die Finanzierung ist bereits durch die Mehrwertabgabe geplant. Ich würde mir das auch für Buchs wünschen und es geht jetzt wirklich nicht mehr um die beiden Parzellen, es geht um die Zukunft.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Zum Votum von Thomas Meier: Ich kann mit meinem juristischen Verständnis dein Votum gut nachvollziehen. Wir haben mit den Verfügungen bisher zugewartet, bis die Situation definitiv klar ist. Ich gehe davon aus, dass die Rechtslage so ist, wie sie Thomas Meier geschildert hat.

Herr Urs Truttmann: Wir reden ja grundsätzlich nicht darüber, ob es eine Mehrwertabgabe geben wird oder nicht, es gelten grundsätzlich die 20 %, das sollte klar sein. Wir reden darüber, ob wir sie erhöhen wollen. Aus unserer Sicht ist die Erhöhung eine Investitionsbremse. Wenn wir es bei uns attraktiv machen wollen zu investieren, indem wir die Mitteldorfstrasse sanieren und Investoren anlocken, um hier etwas zu machen, erachten wir es als schlechtes Signal, die Mehrwertabgabe zu erhöhen. Das ist das erste Argument. Und das zweite, das war bei uns auch in der Diskussion, auch wenn wir die Botschaft angeschaut haben. Es geht nicht um die beiden Parzellen, es geht um das Reglement, und das Reglement bleibt bestehen, auch in Zukunft. Das heisst, wenn wir in Zukunft Zonenplanänderungen machen, kann es jeden Hausbesitzer treffen. Dann kann es für Privatpersonen bei einer Erhöhung um 10 % schnell ums Ende gehen. Und darum sind wir der Meinung, dass wir auch aus diesem Grund die Erhöhung nicht machen sollten. Noch einmal: Der Mehrwert wird abgeholt durch die 20 % und das ist aus unserer Sicht

genug. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag 1 nicht, dazu das Reglement auszuarbeiten, ist nicht zielführend.

Herr Thomas Meier: Aus meiner Sicht ist die Erhöhung der Mehrwertabgabe nicht eine Investitionsbremse, sondern ein Investitionsbooster. Die Frage ist jetzt, wieso: Die Einnahmen, die die Mehrwertabgabe generieren, wie Daniel Willi bereits gesagt hat, sind zweckgebunden und müssen in Massnahmen zur Quartierentwicklung investiert werden, um ein Quartier aufzuwerten. Und in einer attraktiven Gemeinde ist es auch attraktiv, dort zu investieren. Und investieren tut man dort, wo es attraktiv ist und dort, wo es überhaupt Land zum Investieren hat. Ich glaube nicht, dass ein Investor darauf schaut, wo die Mehrwertabgabe hoch ist, sondern er schaut darauf, wo es überhaupt Land zum Investieren hat, deshalb hat beispielsweise die Eniwa auch in Buchs investiert und nicht in Aarau, weil es dort einfach kein Land gab. Jetzt hast du, Urs, eine Aufzoning mit ins Spiel gebracht. Ich habe in meiner Motion mit keinem einzigen Wort verlangt, dass man auch bei Aufzonungen eine Mehrwertabgabe verlangt. Vielleicht schnell für diejenigen, die nicht eingelesen sind: Es gibt einerseits Einzonungen, wenn man Nicht-Bauland einzont zu Bauland. Daraus ergibt sich ein massiver Mehrwert, der Klassiker ist Landwirtschaftsland, das zu Bauland wird. Der Wert vervielfacht sich um ein x-faches, das sind Einzonungen. Diese müssen nach Bundesrecht mit mindestens 20 % Mehrwertabgaben belastet werden. Dann gibt es noch die Aufzonungen, die Urs ins Spiel gebracht hat. Das sind Parzellen, die sich bereits im Bauland befinden, die man aber dann durch eine Aufzoning stärker nutzen darf, man darf zum Beispiel zuerst nur einstöckig bauen, durch eine Aufzoning dann aber dreistöckig. Dadurch kann man diese Parzelle deutlich mehr ausnützen und hat dadurch einen Mehrwert, der aber sicher nicht so gross ist, als wenn man Landwirtschaftsland zum Bauland macht. Mir geht es nur um die erste Variante, Einzoning von Nicht-Bauland zu Bauland. Und nur das habe ich in der Motion verlangt. Ich kann vielleicht noch dazu sagen, warum ich nur Einzonungen berücksichtigt habe: Im Kanton Aargau haben wir im Baugesetz kein wirklich sinnvolles Instrument, um auch Aufzonungen abzuschöpfen, weil man das nur über einen tatsächlichen Betrag abrechnen kann. Solch ein Umzonungsverfahren habe ich persönlich schon erlebt, da geht es nicht mehr um Planung, sondern wer den Vertrag unterschreibt und wer nicht, das möchte ich nicht. Darum geht es mir nur um Einzonungen von Nicht-Bauland zu Bauland. Es ist für mich auch nicht gleich erkennbar, warum man dazu juristische Begleitung braucht, ich kann sagen, wie ich mir das Reglement vorstelle, wie ich es erstellen würde, der § 1 lautet: "Der Abgabesatz für die Mehrwertabgabe beträgt 30 %. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens". Das wäre es von meiner Seite bereits, wie ich es mir vorstelle. Darum ersuche ich euch, dem Ganzen zuzustimmen. Ich möchte auch noch verweisen auf Ausführungen des BVU, des Departements Bau, Verkehr und Umwelt. Das ist kein durch Sozis geführtes Departement, das ist ein Departement, das fest in FDP-Hand ist, also in liberaler Hand. Zu den Auszonungen sagt das BVU, eine Auszoning ist eine Enteignung, die voll und ganz entschädigt werden muss. Die Mehrwertabgabe ist auch eine Entschädigung, das BVU schreibt dazu, die Mehrwertabgabe entspreche dem Gedanken nach Rechtsgleichheit und Gerechtigkeit. Es handelt sich also sogar aus liberaler Sicht um Rechtsgleichheit und Gerechtigkeit. Ich bitte euch also im Namen der Rechtsgleichheit und Gerechtigkeit, diesem Antrag zuzustimmen. Den Gemeinderat möchte ich bitten, bei der Umsetzung zu prüfen, ob es die Begleitung durch ein externes Büro braucht.

Herr Urs Truttman: Vielen Dank, Thomas, für deine Ausführungen. Das ist Laien-Wissen, das dazu führt, die beiden Ausdrücke offenbar zu vertauschen. Was mir aber nicht ganz klar ist, bei den beiden zitierten Grundstücken waren das ja keine Einzonungen, sondern Umzonungen, deshalb habe ich es so verstanden, dass es um dieses Thema geht, entsprechend der Bemerkung in der Motion. Danke für die Korrektur.

Herr Thomas Meier: Ich habe die beiden Grundstücke wie gesagt schon von Anfang an ausgeklammert. Sie waren natürlich bereits quasi im Baugebiet enthalten. Gemäss der Umsetzung in § 28a des kantonalen Baugesetzes sind die beiden Parzellen in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen und werden

auch als Einzonung behandelt. Diese Umzonung wird der Einzonung gleichgestellt, auch solche, die innerhalb von Bauzonen liegen, wenn dort vorher nicht einfach frei gebaut werden konnte. Das ist ein Ausnahmetatbestand, den ich nicht mit einbeziehen wollte.

Herr Andreas Burgherr: Es hat sich gezeigt, dass sich einiges verändert hat. Dann stellt sich die Frage, was machen wir jetzt mit dieser Vorlage, wo können wir überhaupt noch aufzonen? Wir haben noch die Hunzikermaße und das Steinfeld. Und beide sind mit der jetzigen BNO nicht dafür gedacht. Also machen wir jetzt diese Übung, welche aber erst bei der nächsten BNO-Revision ein Thema wird. Insofern finde ich es schade, hier nun Geld auszugeben und zum anderen ist es ein falsches Signal - da muss ich der FDP voll und ganz beipflichten. Angenommen, es wird Land aufgezont, welches einer Erbgemeinschaft gehört, und die wollen dort etwas machen, sind sie faktisch gezwungen, einen Teil des Grundstücks abzuparzellieren und zu verkaufen. Es reicht doch, wenn am Schluss die Grundstücksgewinnsteuer abgeschöpft werden kann und bei der Mehrwertabgabe nicht auch noch das Maximum eingezogen wird. Irgendwo finde ich es aus ideologischer Sicht sinnvoll mit 20 %, 10 % für den Kanton, 10 % für die Gemeinde. Den Rest sollen sie zahlen, wenn sie das Grundstück wirklich veräussern. Und nicht, weil sie es veräussern müssen wegen dieser Abgabe.

Herr Thomas Meier: Man muss schauen, wann die Mehrwertabgabe fällig ist. Fälligkeit heisst, wann man sie bezahlen muss. Zahlen muss man gemäss § 28b BauG sobald man das Grundstück veräussert oder man eine Baubewilligung bekommt. Wer mit so einem grossen Aufwand bauen kann, hat auch noch die 10 % für die Mehrwertabgabe. Ich möchte noch kurz darauf hinweisen: Ich habe ein bisschen recherchiert und in eurem EVP Schweiz Parteiprogramm etwas gefunden, da steht, ich zitiere: "Konsequente Mehrwertabschöpfung bei Ein- und Aufzonungen", ihr habt sogar die Aufzonungen mit drin, was ich gar nicht verlangt habe. Ich finde es schön, dass die EVD Schweiz weiter geht, dass was ein linker Sozi verlangt. Aber offenbar ist das Parteiprogramm bei meinen Kolleginnen und Kollegen nicht angekommen.

Herr Beat Spiess: Ich glaube, aus der Diskussion sieht man, dass der Stand des Wissens, wie es in der Vorlage steht und wie es Thomas Meier wahrscheinlich formulieren würde, nicht übereinstimmen. Ich glaube auch, dass das Geschäft nicht die maximale Dringlichkeit hat. Es gäbe in diesem Fall ja auch die Möglichkeit, dass wir das Geschäft verschieben. Ich schlage aber jetzt zuerst einmal eine Pause von ein paar Minuten vor, damit die Parteien das diskutieren können.

Herr Beat Spiess: Ich möchte im Namen der FDP-Fraktion einen **Rückweisungsantrag** stellen, insbesondere wegen der unklaren oder falschen Angaben zur Mehrwertabgabe der beiden Parzellen am Postweg 8 und Fabrikweg 17 und 18. Ich danke für eine bessere Erklärung der Ausgangslage und bitte den Gemeinderat, diese Vorlage zu überarbeiten.

Diskussion zum Rückweisungsantrag

Herr Samuel Hasler: Thomas, du hast es wieder einmal geschafft, den Rat ziemlich zur Verzweiflung zu bringen mit deinen rechtlichen Erklärungen. Aus unserer Sicht möchten wir, auch wenn es andere Parzellen betrifft, nach wie vor nicht, dass die Mehrwertabgabe erhöht wird, da wir es nach wie vor als Investitionsbremse empfinden. Dementsprechend sind wir noch immer gegen die Vorlage und sind der Meinung, dass heute darüber befunden werden muss, deshalb lehnen wir den Rückweisungsantrag ab.

Abstimmung Rückweisungsantrag:

Dem Rückweisungsantrag wird mit **27 : 11 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **zugestimmt**.

Postulat Samuel Hasler, SVP: "Unterstützung der Gemeinde durch Sozialhilfebezügler". Bericht und Antrag.

(Botschaft des Gemeinderats vom 17. Oktober 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Reto Bianchi (erläutert Vortrag mit Präsentation): Sozialhilfe verfolgt nicht nur die wirtschaftliche Unterstützung, sondern sie hat auch ganz stark die Person im Blick, dass man sie wieder eingliedern kann, dass sie wieder im ersten Arbeitsmarkt Fuss fassen kann. Die Sozialen Dienste verfügen bereits über ein breites Angebot und möchten das breite Angebot dieser Massnahmen für die Sozialhilfebeziehenden noch erweitern. Nämlich mit dem Coaching, das man mit aufnehmen möchte. In verschiedenen Gemeinden in der Umgebung gibt es das bereits und es wurden sehr viele Erfahrungen gesammelt, aus denen man jetzt bei uns ein gutes Projekt aufgleisen kann, das für Buchs passt. Wir möchten also, wie es im Antrag des Gemeinderats unter "Wichtiges in Kürze" auch steht, inhouse ein Jobcoaching anbieten. Das soll erweitern, dass die Arbeitssuchenden wieder im Arbeitsmarkt Fuss fassen können und so aus der Sozialhilfe ausgelöst werden können. Im Budget 2025 ist bereits ein Betrag dafür enthalten. Die Fr. 25'000.-- sind im Konto 5790.3130.00 enthalten. Damit könnte im Herbst das Projekt bereits aufgleist werden. Aufgleist werden kann es für zweieinhalb Jahre. So könnte man im Herbst, so ist der Zeitplan, sobald wir eben im Herbst die Vorlage haben, über die wir abstimmen können, zu diesem zweijährigen Projekt ja sagen. Es wird ungefähr mit den gleichen Kosten gerechnet, die jetzt eingestellt wurden, mit Fr. 25'000.--, auch fürs 2026 und 2027. Und können dann, weil wir mit dem vorliegenden Budget im Herbst schon loslegen können, nahtlos mit dem Projekt weiterfahren. Wir müssen aber den Verpflichtungskredit in diesem Rat noch behandeln. Wenn wir im Herbst ja sagen, könnte das Projekt direkt hochgefahren werden. Bei einer Ablehnung würde das Projekt eingestellt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Herr Andreas Tschan: Wir nehmen den Bericht zum Postulat erfreut zur Kenntnis. Wir werden das Projekt sicher unterstützen und hoffen, dass der Gemeinderat das Projekt aufgleisen kann und alle mitarbeiten können. Ich würde gerne noch etwas anmerken: Es hat ein paar interessante Zahlen im Bericht. Wir hören von bürgerlicher Seite immer wieder, dass die Sozialhilfebeziehenden zu wenig Anreize haben, um arbeiten zu gehen, dass sie zu wenig motiviert sind. Wenn man die Zahlen anschaut, sieht man, dass 80 % der Sozialhilfebeziehenden gar nicht als erwerbsfähig eingestuft werden, 40 % sind Kinder und wir haben auch Working Poor, die zwar erwerbstätig sind, es aber einfach nicht ausreicht, um sich aus der Sozialhilfe zu lösen. Es zeigt sich also, dass die Zahlen dem widersprechen und ich würde mir wünschen, dass wir in Zukunft mehr konstruktiv über die 20 % Arbeitsfähigen diskutieren und weniger über die 80 %, die gemäss Sozialbehörden nicht erwerbsfähig sind. Ich habe eine Berechnung gemacht, Francine kann mich gerne korrigieren: Eine Einzelperson bezieht wahrscheinlich im Grundbedarf mit der Krankenkasse im Schnitt ungefähr Fr. 30'000.-- im Jahr. Da sind natürlich keine ausserordentlichen Kosten enthalten und auch keine Verwaltungskosten und anderes. In vergleichswisen Projekten mit professionellem Jobcoaching, spricht man von einer Erfolgsquote von vermutlich 20 - 30 %. Ich rechne mit etwas weniger,

sagen wir mal, wenn wir von den 50 Personen 10 % integrieren können, haben wir bereits fast ein Steuerprozent gespart. Ich denke also, dass das lohnende Investitionen sind, wenn man hier ansetzt und das Projekt vorantreibt, aber man muss später den Kreditantrag des Gemeinderats dann auch sprechen. Zur Dauer des Projekts: Wenn man vergleichbare Projekte anschaut, dieses hier ist auf zweieinhalb Jahre angelegt, das ist sicher einmal ein guter Anfang, aber vermutlich sinnvoller- und üblicherweise geht ein solches Projekt vier bis fünf Jahre. Man macht ein Praktikum, dann einen Einstieg, man hat vielleicht wieder einen Rückschritt und beginnt wieder von vorne. Das braucht also ein bisschen Zeit, bis jemand vollständig im Arbeitsmarkt integriert und ausgelöst aus der Sozialhilfe ist. Die Wirkung zeigt sich erst langfristig und verzögert, das heisst, man hat in zweieinhalb Jahren kaum brauchbare Zahlen. Dann kommt auch noch die Lernkurve dazu, das Jobcoaching, die Verwaltung, all die Arbeitsbewilligungen, alle müssen zuerst daran arbeiten. Das geht schon mal ein Jahr oder eineinhalb, bis man bereit ist und die Jobsuchenden optimal beraten kann. Deshalb möchte ich also schon plädieren, dass man das genau anschaut und das Projekt je nach dem verlängert, damit man besser evaluieren kann. Was mir aufgefallen ist, 40 % der Sozialhilfebeziehenden sind Kinder. Ich denke, dass es gut ist, mit diesem Pilotprojekt zu starten. Man darf aber die Kinder nicht vergessen. Es gibt Studien, die besagen ganz klar, dass Kinder, die in einem Sozialhilfenumfeld aufwachsen, haben ein doppelt so hohes oder noch höheres Risiko, später selber Sozialhilfe zu beziehen. Also müssen wir schauen, dass wir die Kinder nicht vergessen. Es ist klar, das ist eine grosse Aufgabe mit der Infrastruktur, auch von der Schule und so weiter. Aber ich denke, auch wir als Gemeinde mit einer ausserordentlich hohen Sozialhilfequote müssen uns überlegen, was man da machen kann, um möglichst zu verhindern, dass diese Kinder, die bereits in einem Haushalt von Sozialhilfebeziehenden aufwachsen, später auch Sozialhilfe beziehen müssen, das würde sich lohnen. Wir sind also dabei bei diesem Projekt und unterstützen so gut, wie es geht, und bedanken uns für die Arbeit. Wir hoffen, dass der restliche Einwohnerrat dann auch dabei ist, damit das Projekt starten kann Ende Jahr.

Herr Gemeinderat Joel Blunier: Eigentlich geht es heute nur darum, das Postulat zur Kenntnis zu nehmen, wir sind aber jetzt schon ganz tief in die Materie abgetaucht, die im Herbst dann beim Kreditantrag relevant wird, danke aber trotzdem. Deshalb aber nur ein paar Punkte: Zu den Kosten gebe ich keine Stellungnahme ab, nur soweit, das Fr. 30'000.-- locker einmal zustande kommen. Das war auch mit ein Grund und die Überlegung dahinter, dass wir das Jobcoaching einführen möchten, aber, und darum machen wir das mit dem Pilotprojekt, da gibt es einige Eckpunkte zu überlegen, damit das alles funktionieren kann. Als erstes müssen wir die Einsatzorte gewährleisten, haben wir all diese Einsatzorte denn überhaupt? Wir brauchen viele Orte, bei denen die Leute mitarbeiten können, denn wenn dies nicht gegeben ist, bringt letztendlich das ganze Projekt auch nichts. Das ist der Ansatzpunkt, den wir klären müssen. Bezüglich der Pilotphase, da gebe ich dir absolut recht, das ist eine sehr kurze Zeit, um in dieser Zeit Ergebnisse überhaupt messen zu können. Deshalb gebe ich dir Recht in der Annahme, dass wir vielleicht die Pilotphase verlängern werden müssen. Das hat sich zum Beispiel in Oberentfelden gezeigt, sie mussten da auch die Pilotphase verlängern, um mehr Zahlen zu bekommen. Es macht nur Sinn, eine Pilotphase auszuwerten, wenn man genügend Zahlen zur Verfügung hat und dann überlegen kann, ob man das Jobcoaching in unsere Strukturen einfügen will, sprich unter den Diensten der Gemeinde aufführen will. Denn jetzt in der Pilotphase organisieren wir das Jobcoaching mit einer externen Stelle, damit man ohne den Stellenplan der Gemeinde ändern zu müssen, das Projekt relativ einfach wieder einstellen kann. Das sind alles so Elemente, die wir in den nächsten Monaten prüfen werden, damit wir dann in medias res im Spätherbst dann mit dem Kreditantrag wieder kommen können. Danke aber schon im Voraus für das unterstützende Votum von euch.

Abstimmung

Dem Antrag wird **einstimmig mit 39: 0 Stimmen zugestimmt.**

Eingänge**Motion von Ueli Kohler, Einwohner von Buchs, zur Durchführung einer Volksabstimmung für die Abschaffung des Einwohnerrats in Buchs AG**

Herr Ueli Kohler, Einwohner von Buchs, reicht folgende Motion ein:

Gestützt auf § 6 der Gemeindeordnung von Buchs AG vom 1. August 2022 unterbreiten wir Ihnen folgende Bürgermotion:

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Botschaft für die Abschaffung des Einwohnerrates in Buchs AG zu erarbeiten und eine entsprechende Volksabstimmung durchzuführen. Inhalt der Botschaft soll sein, die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Schritte einzuleiten, um den Einwohnerrat von Buchs AG abzuschaffen und die Gemeindeversammlung als oberstes Organ der Gemeinde einzuführen.

Begründung:

1. **Stärkung der direkten Demokratie:** Die Gemeindeversammlung ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, direkt und ohne Zwischenschaltung eines Gremiums über wichtige kommunale Angelegenheiten zu entscheiden. Angesichts der breiten Unterstützung aus der Bevölkerung für das Initiativbegehren "Weg mit dem Einwohnerrat und der Schwierigkeiten genügend Kandidatinnen und Kandidaten für den Einwohnerrat zu finden, würde die Gemeindeversammlung eine stärkere Einbindung der interessierten Stimmberechtigten in den politischen Prozess ermöglichen.
2. **Effizienz und Kostenersparnis:** Die Abschaffung des Einwohnerrats würde die Verwaltungsstrukturen vereinfachen und zu einer Reduktion der Kosten führen, die mit dessen Betrieb verbunden sind. Für eine Gemeinde der Grösse von Buchs AG erscheint die Gemeindeversammlung als geeignetere und effizientere Form der politischen Entscheidungsfindung. Zudem würde sie eine Plattform bieten, die die Nähe zwischen Bevölkerung und Verwaltung fördert.
3. **Erfolgsmodelle in vielen Aargauer Gemeinden:** 190 von 200 Aargauer Gemeinden nutzen erfolgreich die Gemeindeversammlung als Instrument der Mitbestimmung. Dies zeigt, dass dieses Modell bewährt und praxistauglich ist.

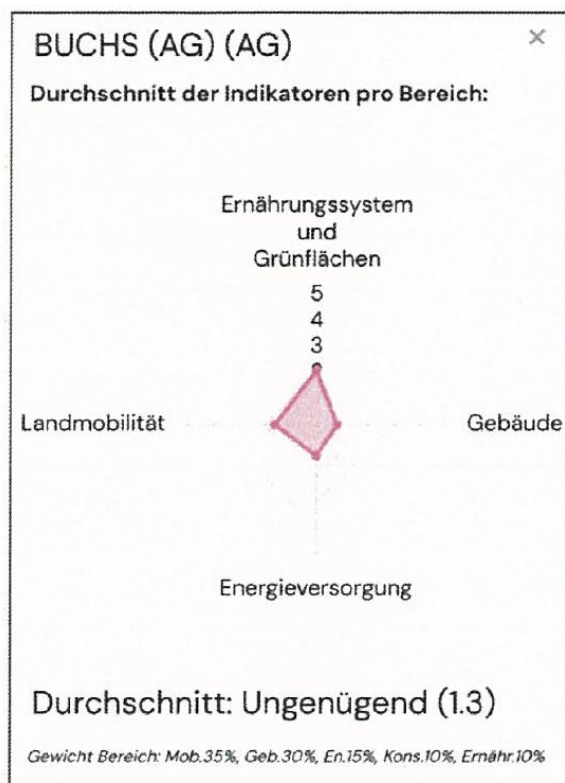
Wir bitten den Gemeinderat, diese Motion gemäss den gesetzlichen Vorgaben zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Umsetzung einzuleiten.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage Marius Fedeli und Eugenio Tura, SP und Grüne, betreffend Klima-Rating der Gemeinde Buchs.**

Herr Marius Fedeli und Herr Eugenio Tura reichen folgende Anfrage ein:

Gemäss dem Klima-Rating der Website der Klima-Allianz (<https://prototyp.ok-klima.ch/de/index.html>) weist die Gemeinde Buchs im Durchschnitt ein ungenügendes Klima-Rating aus.



Dies führt uns zu folgenden Fragen:

1. Ist / war dem Gemeinderat dieses Rating bekannt?
2. Ist der Gemeinderat bestrebt, das Rating in den vier Bereichen zu verbessern? Falls ja, wo sieht der Gemeinderat bei den vier Bereichen Möglichkeiten für direkte Aktionen durch die Gemeinde?
3. Welche Projekte der Gemeinde Buchs können konkret dazu beitragen, das Rating zu verbessern?

Herr Gemeinderat Christian Moricchi: Auf der Website des Klima-Rating's der Klima-Allianz kann man lesen, dass das Rating in vier Teilbereiche eingeteilt ist, Ernährungssystem und Grünflächen, Gebäude, Energieversorgung und Landmobilität. Buchs hat da ein Rating von 1.3 von 5 möglichen Punkten, was grottenschlecht ist, das muss man so sehen. Darum hat uns die SP ein paar Fragen gestellt.:

Zur Frage 1: Nein, dem Gemeinderat war dieses Rating nicht bekannt.

Zur Frage 2: Ja, selbstverständlich sind wir da gerne bereit, etwas dagegen zu unternehmen. Denn es sind ja auch Klimaziele, zu denen sich die ganze Schweiz bekannt hat, so selbstverständlich auch Buchs. Es ist auch so, dass wir schon die Grundlage und Tools dazu haben. Einerseits ist das die neue BNO, die ja erst gerade überarbeitet worden ist, dann das Raumentwicklungskonzept, das sehr gute und detaillierte Vorgaben macht und dann auch noch der kommunale Gesamtplan Verkehr, wenn zum Beispiel der Langsamverkehr beschrieben ist. Diese Dokumente findet man auf der Website der Gemeinde, sie sind sehr lesenswert. Und wir beschränken uns nicht nur auf die Tools, sondern wir möchten das auch bestätigen. Indem wir ja auch das Label "Energistadt" haben, das uns dazu verpflichtet, unsere Massnahmen zu ergreifen, was dann auch zur Rezertifizierung führt. Wir haben diese Rezertifizierung bestanden, was beweist, dass wir grundsätzlich auf dem richtigen Weg sind.

Zur Frage 3: Einerseits ist klar, dass der Massnahmeplan zum Label Energistadt uns Schritt für Schritt kontinuierlich auf den Weg führt. Dann sind es auch Projekte wie das neue Schulhaus, wie wir heute schon gehört haben zur neuen Schulraumeinrichtung, zum Beispiel die Photovoltaikanlage beim neuen Schulhaus. Der dritte Punkt wirkt auf den ersten Blick etwas seltsam: Umsetzung der bewilligten Strassenbauprojekte. Wie können Strassenbauprojekte dazu beitragen, dass wir uns im Klima-Rating verbessern? Aufgrund unserer finanziellen Lage können wir sicher keine grösseren Würfe machen, wir können also keine grossen, medienwirksamen Projekte lancieren und müssen schauen, dass wir die Politik in kleineren Schritten verfolgen. Das heisst, wenn sich die Gelegenheit ergibt, Synergien zu nutzen, werden wir diese nutzen. Zum Beispiel, wenn eine Strasse aufgerissen wird, eine Belagssanierung oder Leitungsersatz, schauen wir jedes Mal, ob man da etwas ergänzen kann, zum Beispiel eine kleine Ruderalfläche am Seitenrand. Beispielsweise der Platz bei der Burenstube, wo man links und rechts die Ruderalflächen sieht. Es gibt noch weitere Elemente, die im Zuge einer solchen Arbeit ergänzt werden können. Für uns als Gemeinde Buchs ist das der Weg mit den Mitteln, die wir haben, das ist ein pragmatischer Ansatz.

Ich habe trotzdem noch ein paar Bemerkungen zum Rating: Wenn man die Karte einmal genauer studiert, sieht man, dass der grösste Teil der Schweizer Gemeinden ein ungenügend oder schlecht haben, nur einzelne Gemeinden oder Städte schaffen es auf ein genügend, alle andere sind mindestens ungenügend. Das wirft die Fragen auf, warum sind wir Schweizer so schlecht? Wenn man es genauer studiert, werden alle Gemeinden über einen Kamm geschert, ob kleine Gemeinde oder grössere Stadt oder eine Zentrumsgemeinde. Das ist nicht immer der richtige Ansatz. Wenn man es vergleicht zum Beispiel mit dem Label Energistadt. Man muss doch schauen, wo die Gemeinde überhaupt steht, welche Möglichkeiten hat sie. Jetzt haben wir aber immer noch schlechte Noten, das ist eigentlich eine schlechte Ausrede. Das ist wie, als wir früher zuhause gesagt haben "...ja, aber andere hatten auch schlechte Noten". Ich sage es aber trotzdem. Aber wenn wir die unmittelbare Gegend anschauen, dann liegt 1.3 so ziemlich genau in der Mitte der Bewertungen. Suhr und Untereentfelden zum Beispiel sind tiefer, Küttigen ist leicht höher, selbst Aarau, das deutlich höhere finanzielle Mittel zur Verfügung hat, ist mit 1.7 auch nicht wahn-sinnig viel besser. Wie gesagt, es macht uns nicht besser, aber es zeigt, dass es keine so krasse Aussage ist. Ich hoffe, ich konnte die Anfrage damit beantworten.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage Heidi Niedermann, Die Mitte, betreffend offizieller Anschlagkasten der Gemeinde Buchs.**

Frau Heidi Niedermann reicht folgende Anfrage ein:

Aufgrund verschiedener Stimmen aus der Bevölkerung, auch geäußert im Rahmen des kürzlichen Jungseniorenapéros vom 27. Februar 2025, bitte ich den Gemeinderat, folgendes Anliegen zu prüfen:

Leider fehlt im Gebiet Triesch, welches in den letzten Jahren stark gewachsen ist, ein offizieller Anschlagkasten der Gemeinde. Vor allem für die ältere Bevölkerung ist es vielfach beschwerlich, ohne fremde Hilfe zu den vorhandenen Anschlagkästen zu gelangen. Aufgrund des grossen Bevölkerungszuwachses im Trieschgebiet erachte ich es als wichtig und sinnvoll, dass auch in diesem Teil unseres Dorfes ein offizieller Anschlagkasten aufgestellt wird.

Ich bitte den Gemeinderat zu prüfen, ob und wo eine solche offizielle "Gemeindeinformationsstelle" im Trieschgebiet aufgestellt werden könnte.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Drei gestandene Buchserinnen haben mich kürzlich angesprochen, ob ich nicht dafür sorgen könne, dass im Triesch wieder ein Anschlagkasten aufgestellt wird. Ich habe das natürlich sehr ernst genommen und habe den Auftrag via Gemeinderat der Verwaltung weitergegeben. Du rennst also offene Türen ein, Heidi Niedermann. Im Moment läuft eine Prüfung und wir haben bereits einen möglichen Standort evaluiert. Es braucht eine Offerte für einen solchen Anschlagkasten, Strom muss dann noch zugeführt werden. Der Gemeinderat wird das Geschäft beraten, sobald alle Informationen vorliegen. Ich kann noch nicht sagen, wie wir uns entscheiden werden, und zwar nicht primär wegen der Kosten. Generell kann man sagen, dass solche Anschlagkästen etwas aus der Mode gekommen sind: Wir werden aber, sobald alles vorliegt, genauer Stellung dazu nehmen. Zeitlich dauert das wahrscheinlich bis zur April-Sitzung im nächsten Jahr.

Herr Präsident Marc Jaisli: Ich möchte den Gemeinderat bitten, dass wenn ihr das prüft, daran zu denken, dass man den Anschlagkasten später vielleicht mit einem Bildschirm ersetzen könnte.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Postulat Heike Suter, Barbara Fäh und Chrisoula Giata, SP und Grüne, betreffend Schulraumstrategie für den Schulstandort Gysimatte**

Frau Heike Suter, Frau Barbara Fäh und Frau Chrisoula Giata reichen folgendes Postulat ein:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine umfassende Schulraumstrategie für den Schulstandort Gysimatte in Berichtsform darzulegen.

Begründung

Die übergeordnete Schulraumstrategie für den Schulstandort Gysimatte soll öffentlich kommuniziert werden, um aufzuzeigen, wie der benötigte Schulraum während und nach den Bauphasen adäquat zur Verfügung steht und den Schulraumprognosen entsprechend erstellt wird. Die Notwendigkeit der Schulraumplanung ist bereits seit langem bekannt. Im Investitionsplan sind Mittel für die Projektierung und den Bau vorgesehen. Die Bestellung durch die KSAB ist schon länger erfolgt. Eine aktualisierte Schulraumprognose 2024 (www.ksab.ch/schulraumplanung) liegt vor und muss einbezogen werden in die Planung. Laut der Metron-Bauzustandsanalyse von 2014 weisen die Schulhäuser Gysimatte 1 und 2 sowie die Turnhalle der Gesamtanlage Gysimatte einen hohen Sanierungsbedarf auf (www.ksab.ch/fileadnin/user_upload/Allgemein/Archiv/2022_23/ber_analyse_SRP_KSAB_220214_def.pdf, S. 49).

Eine klare Schulraumstrategie für den Standort Gysimatte ist für das Schulpersonal, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern wichtig, um Planungssicherheit hinsichtlich der Dauer von Provisorien und der zukünftigen Nutzung des Alten Schulhauses zu erhalten.

Wir bitten den Gemeinderat dabei folgende Fragen zu beantworten:

- a. Auf welcher Grundlage (Annahmen, Beratungen) wird entschieden, ob die Gesamtanlage Gysimatte saniert und erweitert oder durch einen Gesamtneubau ersetzt wird?
- b. Wo und in welchem Zeitraum soll das Bauvorhaben umgesetzt werden, und welche bestehenden Gebäude sollen in das Konzept integriert werden?
- c. Wie wird sichergestellt, dass während und nach der Bauzeit ausreichend Schulraum zur Verfügung steht?
- d. Wird die Barrierefreiheit gemäss BehiG in allen Schulgebäuden künftig gewährleistet?
- e. Welche zukünftige Nutzung ist für das Alte Schulhaus und die denkmalgeschützte Turnhalle vorgesehen?

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Traktandum 7

Verschiedenes

Information von Herrn Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich möchte den Einwohnerrat über das Projekt GERA, Gesundheit Region Aarau, informieren. Der Kanton hat die Gesundheitspolitische Gesamtplanung in Angriff genommen und der Grosse Rat hat das Geschäft verabschiedet. Der Kanon ist gerade daran, die Details auszuarbeiten. Das hauptsächliche Ziel ist, ohne auf die fast 80 Punkte des Kantons einzugehen, dass die Gemeinden aktiver sein sollten, man möchte da mit Gesundheitsregionen arbeiten. Wir sind mit fünf anderen Gemeinden ins Projekt eingestiegen und haben GERA in Angriff genommen. Dort sieht es so aus, dass wir zwei Teile haben, einerseits die GERA-Pforte, die Erstanlaufstelle, auf die ich heute Abend nicht eingehen werde, das werde ich vermutlich später im Jahr noch machen. Ich möchte jetzt vor allem auf den zweiten Teil, das GERA-Netz eingehen, wo es darum geht, dass wir bei den Leistungserbringenden, den Ärzten, den Spitälern, den Apotheken, der Spitex usw. bessere Netzwerke schaffen können, immer mit dem Nutzen für den normalen Bürger. Es geht darum, sich fachlich auszutauschen, gemeinsam Projekte zu entwickeln, was schlussendlich zu Nutzen der Bevölkerung sein wird. Dass man gewisse Spezialisierungen abspricht zum Beispiel usw., also Synergien möchte man entwickeln und nutzen, immer mit dem Blickwinkel, dass die wirtschaftliche Selbständigkeit bei den Leistungserbringenden gewährleistet ist, die ja schauen müssen, dass die Finanzen stimmen. Auf der nächsten Folie sieht man die Einteilung, es gibt die Projektsteuerung, bei der ich mit Stadträtin Angelica Cavegn das Co-Präsidium inne habe, in dem wir das Projekt aufgelegt haben. Die sechs erwähnten Gemeinden sind auch in diesem Gremium Projektsteuerungen. Darunter gibt es eben die GERA-Pforte und das GERA-Netz, zu dem wir jetzt die erste Kernteam-Sitzung abgehalten haben. Das heisst, wir hatten eine Apothekenvertretung mit dabei, eine Spitalvertretung, eine Ärztevertretung und haben einmal grob diskutiert, in welche Richtung es weitergehen soll und wo sie einen Nutzen sehen. Auf der nächsten Folie sieht man, welche Personen mit dabei sind. Die Gespräche mit dem KSA werden nächste Woche stattfinden, sie sind ebenfalls sehr interessiert, sich ins Projekt einzuklinken. Ihr seht da auch die Themen im Fokus, unter denen ich später auf zwei konkret eingehe, die wir bereits gestartet haben. Wir haben hier die verschiedenen Gefässe, einerseits die Projektsteuerung mit den Gemeindevertretern und der Leitung, die wir haben. Und dann haben wir eben das Kernteam mit den verschiedenen Vertretern aus den Branchen. Ziel ist es, dass wir später mit diesen Branchen im grösseren Rahmen zusammensitzen. Es soll aber nicht so sein, dass wir die Leute grundlos beschäftigen, es muss effektiv etwas herauskommen dabei. Dann sieht man die Themen der Institutionen, da sind übrigens die Pflegeheime der Region auch mit dabei, einige haben wir priorisiert.

Ein Projekt ist der Pflegepool, den wir haben, das sind sechs Institutionen in der Langzeitpflege mit einem gemeinsamen Pool, eine Institution, die die Bewerbungsdossiers sichert und anschauen. Die organisieren Schnuppertage für Jobinteressierte in den verschiedenen Institutionen, da muss man auch schauen, wo ein Einsatz möglich. Für die Organisation können wir auf den pflegenden Pool zurückgreifen, zeitlich begrenzt oder auch nur tageweise, wenn krankheitsbedingte Ausfälle sind, kann man diese dann einsetzen, um die Pflege zu gewährleisten. Wenn man daran denkt, dass wenn man diesbezüglich einen offiziellen Marktteilnehmer nimmt, die diese Leute vermittelt, sind das zum Teil die zwei- oder dreifach so hohen Beträge von einem normalen Lohn, die man denen zahlen muss, um jemanden zu bekommen, und die muss man dann auch noch einarbeiten. Und so hat man einen Pool, in dem man auf Leute zugreifen kann, die diese Institutionen bereits kennen und die Institution auch die Leute schon kennt. Ihr seht auf der Folie auch einen Werbeflyer, der gestaltet worden ist. Wir haben aus unserem Pool das Projekt finanziell unterstützt und angestossen, aber wichtig ist, dass sich diese Institutionen auch selber daran beteiligen mit Frauenpower oder finanziellen Mitteln oder anderen Ressourcen, das ist uns ein Anliegen.

Das zweite Projekt, welches wir mit den TopPharm-Apotheken aufbauen, betrifft die ganze Medikationssituation. Es gibt Situationen, in denen Personen verschiedene Ärzte haben und Medikamente bekommen für verschiedene Krankheitsbilder. Mit dem einen Problem geht man zum einen Arzt, mit dem anderen Problem zu einem anderen Arzt und am Schluss hat man den Medikamentenschrank voll. Wenn man das reduzieren kann, wäre das gut. Apotheken haben diese Fähigkeit und Kompetenz, das zu analysieren. Da kann übrigens jeder und jede, auch Bewohner von Buchs, in die Apotheke gehen und die schauen das dann an, gleichen es zum Teil mit den Ärzten ab. Dort ist Einsparpotential vorhanden, das das Gesundheitssystem entlasten könnte. Und wenn wir da regional etwas machen kann, ist das sicher sinnvoll. Bei uns ist es so, dass die Apotheke und das Alterszentrum Suhrhard bereits zusammenarbeiten. Bei anderen pflegenden Institutionen ist das aber noch nicht so intensiv der Fall. Hier begleitet man das jetzt wissenschaftlich, damit man nachher auch Zahlen und Fakten hat, die zeigen, was das bringen könnte, wenn man das flächendeckend in der ganzen Region umsetzt. Das sind zwei der Projekte, weitere Projekte wie eine gemeinsame Ausbildung, dabei sind vor allem die Spitäler interessant, habe ich bemerkt, auch dort versuchen wir etwas zu organisieren. Zum Beispiel, wenn die Spitex und die Spitäler gemeinsame Themen in der Pflege haben und da auch eine gemeinsame Weiterbildung organisieren könnten. Das ist das Ziel von GERA-Netz, worüber ich euch informieren wollte. Wir werden das Projekt weiterverfolgen, es geht jetzt noch zwei Jahre, wir werden mitmachen und ich hoffe, dass so manches Projekt mit anderen Leistungserbringern zusammen umgesetzt werden kann. Ich beantworte gerne weitere Fragen zum Thema im Anschluss.

Das Jugendfest wird am 20./21. Juni 2025 durchgeführt. Der Samstag ist vor allem der Jugendtag, der unter dem Motto Traumwelten steht. Es wird im ähnlichen Rahmen ablaufen, wie beim letzten Jugendfest. Neuerdings wurde eine Oberstufenschüler-Disco gewünscht, letztes Mal übrigens noch gar nicht. Es wird ein Spielnachmittag geben am Samstagnachmittag, der die Schule organisiert und es wird eine Schülerin eine Festansprache halten in der Morgenfeier, die nach dem Umzug im Gemeindesaal stattfinden wird. Am Samstagabend werden wir eine Unterhaltungsband haben im Zelt, das hatten wir beim letzten Mal nicht. Am Freitagabend ist wieder der Vereinsabend angedacht, an dem vor allem die Harmoniemusik Buchs den Hauptteil übernehmen wird. Es wird aber auch eine Schülerband geben, die drei, vier Lieder spielen werden. Die wollen übrigens auch bei der Morgenfeier mit dabei sein.

Information von Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki: Ich möchte gerne aufmerksam machen auf die Kunstausstellung im Gemeindehaus. Und zwar hat die Kulturkommission zusammen mit Schülerinnen und Schüler der KSAB von der Suhrenmatte und Künstlerinnen und Künstler aus Buchs eine Kunstausstellung organisiert. Am 22. April wird die Vernissage sein um 18.00 Uhr bis ca. 19.30 Uhr. Dazu sind alle herzlich eingeladen. Die Ausstellung dauert dann bis zum 30. Juni. Wenn ihr also Lust habt, einmal ins Gemeindehaus zu kommen ohne amtliche Erledigung, sondern um euch ein wenig inspirieren zu lassen von der Kunst, seid ihr herzlich eingeladen. Das Thema der Ausstellung ist "Frühlingsgefühle".

Information von Herrn Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich habe noch ein Update zu Torfeld Nord. Das Thema wurde hier bereits zweimal diskutiert. Wir hatten inzwischen eine Besprechung mit der Stadt Aarau. Das Treffen war sehr konstruktiv und die Stadt hat uns Vorschläge für eine Beteiligung unterbreitet. Einen vollen Einbezug haben wir bereits früher aus Sach- und Kostengründen abgelehnt und die mittlere Variante hätte für uns keinen Mehrwert ergeben. Wir haben die niederschwelligste Variante gewählt, die in etwa dem entspricht, was wir ursprünglich gewünscht hatten. Die Vertreter der Stadt sicherten uns zu, uns zeitnah auf dem Laufenden zu halten.

Wir haben im Gemeinderat zusätzlich beschlossen, bei den Grundeigentümern im Gemeindegebiet Buchs ihre Absichten und das Interesse an einer Planung sowie einer möglichen Beteiligung an den Planungskosten abzuklären. Wir werden alles daransetzen, dies im Rahmen unserer Ressourcen zeitnah anzugehen. Soweit das Interesse vorhanden ist, ist der Gemeinderat auch bereit, eine Planung anzustossen und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Kredit zu beantragen.

Frau Heidi Niedermann: Ich habe eine kurze Bitte bezüglich des Jugendfests an die Verwaltung: Ich bin gefragt worden, wann denn das Jugendfest nun stattfände. Ich möchte darum bitten, da Datum auf der Website der Gemeinde aufzuführen, danke.

Verabschiedungen/Gratulationen

FDP	Raphael Donati	Mitglied vom 14.05.2019 bis 31.12.2024	5.5 Jahre
-----	----------------	--	-----------

Gratulation zur Geburt

Der Vize-Präsident, Reto Bianchi, gratuliert Marc und Anita Jaisli zur Geburt ihres Sohnes Dario am 5. Januar 2025.

Herr Präsident Marc Jaisli: Vielen Dank, meine Frau und mein Sohn sind ein Glück und ein Geschenk. Ihr habt es in der Zeitung gelesen, ich habe eine Straftat begangen, ich habe zwei pinke Wasserspritzpistolen bestellt. Ich glaube, wer noch nie im Ausland eine Sonnenbrille oder bei Zalando etwas bestellt hat, soll jetzt aufstehen. Ich als Arbeitgeber von bald 45 Mitarbeitenden, der privat unsere Region seit Jahren unterstützt, der geschäftlich die Region unterstützt, ihr könnt Buchser Bier fragen oder den Buchser Brauer. Ich möchte etwas anmerken: Ich habe eine Straftat begangen, worüber ich nicht Bescheid wusste. Und ich als traditioneller SVP'ler, dem unsere Gesetzgebung wichtig ist, habe die Strafe akzeptiert, weil ich am Ende kein Theater machen wollte. Was ich eine Sauerei finde, sind unsere populistischen Medien, die Einblick haben in die Straftaten, die von der Staatsanwaltschaft veröffentlicht werden. Was ich eine Sauerei finde ist, dass wenn man sich 12 Jahre, ein Drittel meines Lebens, politisch engagiert in der Gemeinde, wo man als Unternehmen, auch als Mensch manchmal, schon oft einen Tritt in den Allerwertesten bekommen hat, mit Namen genannt wird, das Fernsehen im Laden vorbeikommt. Das ist eine Sauerei und finde ich nicht in Ordnung. In Anbetracht der Bürgermotion von Ueli Kohler: Wie wollen wir noch Nachwuchs finden, die sich politisch engagieren wollen? Ich weiss, ich als SVP'ler, als linken SVP'ler, was man auch mal schreiben könnte. Als sozialen Arbeitgeber bin ich sowieso in der falschen Partei, sonst hätte ich nicht das Problem, dass ich so gut Leute finde. Dass man keine Mitarbeiter findet, ich habe keine Probleme damit. Aber es ist einfach nicht in Ordnung, dass man Leute so an den Pranger stellt für irgendeine Lappalie, was einfach ein gefundenes Fressen ist für die Medien. Meine Frau und mein Sohn geben mir viel Kraft. Ich habe mit vielen darüber gesprochen. Jemand hat einmal zu mir gesagt: "Marc, an der Spitze ist es einsam" und verdammt windig, sage ich. Wenn jemand noch Fragen hat, ich bin nicht an die Medien gegangen.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 17. Juni 2025, um 19.00 Uhr statt.

Dank

Der Präsident dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 1. April 2025

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Marc Jaisli

Andrea von Känel Briner